



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

ρ.: Berliner Briefe.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Berliner Briefe.

Berlin, den 6. Januar.

Als im September 1860 auf Befehl unseres Gesandten in Neapel, des Grafen Berponcher, die Loreley dazu benutzt worden war, Botendienste für den König Franz den Zweiten zu thun, und einen Brief von Gaeta nach Messina befördert hatte, wurde unser auswärtiges Ministerium in der Presse sehr lebhaft interpellirt. Man fragte, wie es möglich sei, daß ein preussisches Kriegsschiff, welches zum Schutz preussischer Interessen in die italienischen Gewässer geschickt war, durch eine augenscheinliche Intervention in den inneren Streit Italiens die Interessen preussischer Untertanen in hohem Grade gefährdete. Man fragte, was denn hätte geschehen sollen, wenn es Garibaldi eingefallen wäre, die bourbonische Feldpost einzufangen. Auf solche Weise, meinte man, werde unsere junge Marine zum Spott der seefahrenden Nationen gemacht. Zum Mindesten erwartete man irgend eine Aufklärung, wenn nicht um der öffentlichen Meinung willen, so doch wenigstens wegen der Interessen unseres Handelsstandes, der doch wissen mußte, in welcher Stellung unsere Regierung Italien gegenüber sich befand. Aber das auswärtige Ministerium blieb stumm. Erst im Februar des folgenden Jahres bei den Adreßverhandlungen machte Herr v. Schlei-  
 nich einige Eröffnungen. Man erfuhr damals, daß Graf Berponcher auf eigene Verantwortung gehandelt hatte, weil unglücklicher Weise die Telegraphendrähte zwischen Gaeta und Berlin abgerissen waren. Auf die Frage aber, weshalb denn auf die Interpellationen der Presse gar keine Rücksicht genommen und diese Aufklärung nicht sogleich gegeben worden sei, antwortete der Herr Minister: es wäre keine Aufklärung gegeben worden, weil die Presse eine solche zu bestimmt und peremptorisch gefordert hätte. Mit einer solchen Theorie kam denn allerdings die Presse in eine schlimme Alternative; es wurde ihr fast unmöglich gemacht, die richtige Tonart zu treffen. Spricht sie einen Wunsch recht lebhaft und dringend aus, so heißt es: auf eine so dringende Bitte dürfen wir nicht antworten, das würde ja das Ansehen der Regierung compromittiren, das würde aussehen, als ob sie je einem Drängen von außen nachgeben könnte. Ist dagegen die Bitte um Aufklärung in aller Bescheidenheit gehalten, dann wird gesagt: ja, sehr lebhaft interessiert sich Niemand dafür, wir haben also keine Veranlassung zu antworten.

Dies ist die berühmte Loreley-Theorie: das Richtige gerade deshalb nicht zu thun, weil die öffentliche Meinung es verlangt. Diese Theorie soll jetzt, wenn wir unserer ministeriellen Sternzeitung glauben dürfen, noch verallgemeinert und auf die gesammte Leitung der öffentlichen Angelegenheiten angewendet werden. Nach der Sternzeitung soll nämlich jetzt in Folge der Wahlen folgende Alternative vor uns liegen: „Hat das Land die gereifte Besonnenheit und Mäßigung an den Tag gelegt, welche eine weitere Durchführung der verfassungsmäßigen Freiheiten rathsam erscheinen läßt; oder zeigt im Gegentheil die Stimmung des Landes Symptome einer Erregung, die uns dringend die Sorge für eine verstärkte Befestigung der gesetzlichen Schranken und für eine kräftigere Handhabung der obrigkeitlichen Autorität anem-

pfleht?" Von der Beantwortung dieser Frage würde dann auch weiter, wie wir belehrt werden, die Entscheidung über den Fortgang oder die Sisirung der Reformpolitik abhängen. Offenbar haben wir es hier mit der vervollkommenen Loreley-Theorie zu thun. Denn entweder, wir machen es wie bisher, und wählen Abgeordnete, welche, um Conflict zu vermeiden, leicht geneigt sind, jedem Druck nachzugeben; — dann stemmt sich, wie wir aus Erfahrung wissen, das Herrenhaus nur um so hartnäckiger jedem Fortschritt entgegen, und wir kommen nicht aus der Stelle. Oder wir machen es wie diesmal und wählen Abgeordnete, von welchen wir vermuthen, daß sie ihre Forderungen etwas lauter und dringender vorbringen werden; — dann soll zur Strafe mit einer „Sisirung der Reformpolitik“ geantwortet werden, als ob die Reformpolitik nicht ohnehin schon längst durch das Herrenhaus sifirt wäre. Wir müssen den Erfolg eines solchen Systems bezweifeln. Pädagogisch mag dasselbe zuweilen gerechtfertigt sein. Aber man hat es hier doch nicht mit Tertianern, sondern mit verständigen Männern zu thun. Zum Ueberfluß gibt die Sternzeitung selbst zu, daß im Lande keineswegs eine Erregung herrscht, welche die weitere Durchführung verfassungsmäßiger Freiheit bedenklich machen könnte. Allein weil „sich für die entgegengesetzte Auffassung manche Scheingründe geltend machen lassen“, soll der bisherige langsame Gang unserer Entwicklung vollends ganz in's Stocken gerathen. Mit einer solchen Theorie treibt man selbst die besten Freunde der Regierung in die Opposition. Wenn man uns sagt, daß Wünsche, deren Berechtigung nicht bestritten wird, gerade deshalb nicht erfüllt werden sollen, weil sie von der Volkstimme getragen werden, so fragt man sich, wozu denn überhaupt eine Volksvertretung vorhanden ist. Offenbar doch nur, um der Stimme des Landes ihren verfassungsmäßigen Ausdruck zu geben. Und wenn sie dies in einer Tonart thut, die nicht ganz gefällt, so soll das Land dafür bestraft werden? Hoffentlich haben wir diese ganze Theorie nur einem übertriebenen und blinden Dienstfeier zu verdanken. Wollte aber das Ministerium selbst die nächste Kammer mit einer solchen pädagogischen Elle messen, so würden wir den Erfolg sehr bald in der Fraktionsbildung spüren. Die Majorität würde um ein Bedeutendes weiter nach links geschoben werden. Uebrigens hat man sich während der letzten Woche bereits mit den Vorbereitungen zur Fraktionsbildung beschäftigt. Interessant ist dabei im Grunde nur die Frage, wie sich die constitutionelle Partei in sich gestalten und von der Fortschrittspartei abgrenzen wird. Denn die Fraktionen der Polen und der Ultramontanen ergeben sich von selbst. Auch die wenigen Anhänger der feudalen Reaction werden sich ganz natürlich von den übrigen Parteien absondern. Es gibt keinen größern Feind der wahrhaft conservativen Interessen in Preußen, als die feudale Reaction. Denn diese pseudo-conservative Partei, welche sich nur von ihren factiösen Neigungen leiten läßt, compromittirt und überwuchert die wahrhaft conservative Partei, welche sich dem Fortschritt an und für sich nicht verschließt — nur daß sie ihn in einer ruhigen Entwicklung und Anknüpfung an die historisch gegebenen Momente zu verwirklichen sucht. Der wahrhafte Conservatismus muß also vor allen Dingen sich von der reactionären Demagogie loslösen, wenn er sich nicht selbst den Boden unter den Füßen fortziehen will. Die Kreuzzeitung meinte in ihrer Neujahrsbetrachtung, „wir hätten mit Friedrich Wilhelm dem Vierten nicht bloß ein Stück der ruhmreichen Geschichte Preußens, sondern das alte königliche Preußen

selbst in's Grab versenkt;" und von der Regierung stellte sie den Satz auf, daß „wer als Freibeuter beginnt, auch als Freibeuter enden wird.“ Das, meinen wir, ist die Sprache von schlechten Demagogen. Wenn daher auch Versuche gemacht werden, Männer von aufrichtiger conservativer Gesinnung mit einer gewissen Furcht vor Ueberstürzung zu erfüllen und sie dadurch in das feudale Lager zu treiben, so wird das keinen Erfolg haben. Die 15 Feudalen werden hoffentlich ungestört fortfahren können, ihre „innerlichen Siege“ zu erkämpfen.

Wichtiger ist die Frage, wie die constitutionelle Partei sich gestalten wird. Wir fassen unter dieser Benennung alle diejenigen zusammen, welche, aufrichtig auf dem Boden unserer Verfassung stehend, in Gemeinschaft mit der gegenwärtigen Regierung an dem Ausbau unserer verfassungsmäßigen Institutionen zu arbeiten wünschen; welche deshalb namentlich die liberalen Elemente des Ministeriums zu kräftigen bemüht sind; welche also in dem, was sie fordern, und in dem, was sie bewilligen oder ablehnen, sich stets die eigenthümliche Lage des Ministeriums gegenwärtig halten und so viel als möglich Alles vermeiden, was einen Sturz des Ministeriums herbeiführen könnte. Hierbei aber gibt es immer eine Grenze; und diese Grenze ist rein subjectiv. Dem Einen erlaubt es sein Gewissen weiter zu gehen als dem Anderen. Es fragt sich also: werden die einzelnen Mitglieder der constitutionellen Partei in der Grenze, welche sie sich für ihre Nachgiebigkeit stecken, so weit von einander differiren, daß sie sich in zwei Fractionen spalten müssen, oder wird die ganze Partei ungetheilt beisammen bleiben können? Nach verschiedenen Anzeichen, welche bereits vorliegen, ist es wahrscheinlich, daß wir in der nächsten Kammer zwei constitutionelle Fractionen haben werden. Einerseits hat Grabow seine politischen Freunde eingeladen, sich zur Constituirung einer Partei mit ihm zu vereinigen. Andererseits wird von Einladungen zu einer besonderen Fractionsbildung berichtet, an deren Spitze Männer wie Harfort, Stavenhagen, Bodum-Dolffs stehen werden. Schwerlich wird sich die Spaltung, die hier bereits angebahnt ist, noch vermeiden lassen. Vielmehr darf man annehmen, daß sich unter Leitung von Grabow und Lette ein rechtes Centrum, unter Leitung von Harfort und Stavenhagen ein linkes Centrum bilden wird.

Wer Aufrichtigkeit und Einsicht genug hat, darf gar nicht wünschen, daß diese Spaltung noch wieder verkleistert werde; vielmehr liegt dieselbe im Interesse der constitutionellen Partei selbst. Nur darf die Scheidung nicht auf Grundlage früherer Abstimmungen, wie z. B. über das Vincke'sche und Kühne'sche Amendement, vorgenommen werden. Es wäre thöricht, sich nach dem Verhältniß zu einer Frage sondern zu wollen, die gar keine praktische Bedeutung mehr hat, oder die wenigstens in einer ganz anderen Gestalt, als im vorigen Jahre, an das Abgeordnetenhaus herantreten wird. Wenn aber die Scheidung auf Grundlage der jetzt vorliegenden Fragen und ohne Rücksicht auf alte Zermürfnisse erfolgt, so ist sie im Interesse der Sache und im Interesse der constitutionellen Partei selbst; — und zwar aus einem doppelten Grunde.

Erstlich, die constitutionelle Partei, wenn sie in Einer Fraction beisammen bliebe, würde an derselben Krankheit leiden und zu Grunde gehen, wie in der vorigen Kammer die große Vincke'sche Fraction. Unter dem Namen der Constitutionellen waren hier die disparatesten Elemente vereinigt; bei jeder großen princi-

piellen Frage zerfiel die Fraction in sich selbst und zum Schluß war sie in vollem Auflösungsproceß begriffen. Nur ein so energischer Parteiführer wie Vincke vermochte die Fraction noch so lange zusammen zu halten. Zur constitutionellen oder altliberalen Partei zählen sich im nächsten Hause etwa 150 Abgeordnete. Bei kritischen Fragen grade von der Natur, wie sie vorherzusehen sind, würde ihre große Zahl eher eine Schwäche als eine Stärke der Partei sein. Denn es würde dabei jedesmal zu einer Uneinigkeit innerhalb der Partei kommen. Die Principien, um welche es sich handelt, würden nicht gelöst, sondern verwaschen. Besser also man trennt sich im Voraus, wenn man doch vorhersteht, daß man nicht lange wird zusammengehen können.

Zweitens, die Bildung eines linken Centrums wird vielleicht einen vortheilhaften Einfluß auf die Gestaltung der Fortschrittspartei oder der eigentlichen Linken haben. Denn unter der allgemeinen Benennung der Fortschrittspartei sind gleichfalls zwei ganz verschiedene Elemente vereinigt. Die Einen sind in ihren Zielen von der constitutionellen Partei gar nicht verschieden; sie sind nur etwas verdrießlich über den bisherigen langsamen Gang und wünschen deshalb etwas energischere Mittel für den Fortschritt anzuwenden. Für die Andern ist das Ziel der constitutionellen Entwicklung nur eine Station, von der aus sie weiter streben wollen, um ihr demokratisches Princip durchzuführen. Man thut daher Unrecht, die Fortschrittspartei ganz im Allgemeinen als demokratisch zu bezeichnen; sie besteht aus einer Coalition von fortgeschrittenen Liberalen und gemäßigten Demokraten. So lange man sich in der Theorie bewegt, geht es mit dieser Coalition recht gut; sobald man aber an praktische Fragen herantritt, wird sich der große principielle Unterschied sehr bald zeigen. Es wird sich zeigen, daß z. B. Twesten und Waldeck nicht sehr weit mit einander gehen können, daß Twesten und die ihm gleichgesinnten Fortschrittmänner der constitutionellen Partei viel näher stehen als der demokratischen. Wenn es also zu einer Scheidung zwischen diesen beiden Elementen der Fortschrittspartei kommt, so wird sich der demokratische Theil derselben ganz naturgemäß als eigentliche Linke constituiren; diese Fraction wird dann einen nützlichen Sauerteig der Versammlung bilden. Dagegen die constitutionellen Bestandtheile der Fortschrittspartei werden sich einer eigentlichen ministeriellen Fraction gewiß nicht leicht anschließen können; besteht aber ein vollständig unabhängiges linkes Centrum, so wird sich ohne Schwierigkeit die Brücke finden, welche den Uebergang zu dieser Fraction vermittelt.

Dies scheint der naturgemäße Gang der Dinge, und die constitutionelle Partei würde alle Ursache haben, mit demselben zufrieden zu sein. Denn sie würde auf diese Weise die absolute Majorität in der Versammlung erlangen, und die Scheidung in zwei verwandte und befreundete Fractionen würde ihr nicht zur Schwächung gereichen. Das Weitere muß dann von der Haltung des Ministeriums abhängen; eine liberale Politik wird in dieser Kammer eine sichere Stütze finden, — um so sicherer, je mehr sich Graf Bernstorff in der deutschen Politik der badi-schen Auffassung annähert. Vorläufig haben wir jetzt einige Kenntniß erhalten von der Art, wie unser auswärtiger Minister die deutsche Frage ansieht. Aus seiner Antwort an Herrn von Beust ist zunächst der negative, der kritische Theil von keinem großen Interesse. Denn daß das Beust'sche Reformproject unannehmbar und todtge-

boren war, mußte Jedermann von vornherein. So lange man von dem ganzen Complex des gegenwärtigen Bundesgebiets spricht, kann die Aufgabe immer nur darin bestehen, daß der völkerrechtliche Charakter des Bundes in seiner Reinheit wiederhergestellt und die Competenz des Bundes, auf die inneren Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten einzuwirken, möglichst beschränkt werde. Erst nachdem man sich klar gemacht, daß Oestreich nur dies weitere Bundesverhältnis erträgt und in den engeren Bund gar nicht mit hineingezogen werden kann, ohne auf seine eigenste Natur zu verzichten; — erst dann beginnt die Möglichkeit, an eine Bundesreform zu denken. Wichtiger und interessanter ist die Frage, wie diese Bundesreform beschaffen sein, und wie sie durchgeführt werden soll. Graf Bernstorff will einen Bundesstaat innerhalb des Staatenbundes gründen, und will dies auf dem Wege freier Vereinbarungen erreichen, für welche Artikel 11 der Bundesacte eine Handhabe gewährt; für den so zu begründenden engeren Verband soll das militärische Obercommando so wie die diplomatische Vertretung in Einer Hand vereinigt werden. Mit Vergnügen wird man hieraus ersehen, daß Graf Bernstorff von dem Dualismus, auf welchen Herr von Schleinitz sich in der Frage des Oberbefehls über die Bundesarmee bereits zurückgezogen hatte, wieder abgegangen ist. Im Allgemeinen stimmen die positiven Vorschläge des Grafen Bernstorff ziemlich genau mit dem Unionsproject überein, dessen Durchführung Herr von Radowiz im Jahre 1850 vergeblich versuchte. Graf Bernstorff hat damals die vollkommenste Gelegenheit gehabt, sich die Ursachen des Scheiterns klar zu machen. Er wird deshalb hoffentlich nicht in die alten Fehler zurückfallen.

Ein Fortschritt in der deutschen Reformpolitik ist nur möglich in Verbindung mit einer liberalen innern Politik. Das gilt heute so gut wie 1850. Damals schlossen sich die Mittelstaaten an die preußische Unionspolitik an, weil sie der preußischen Hilfe bedurften; als sie wieder glaubten auf eigenen Füßen stehen zu können, da hatte der Mohr seine Dienste gethan. Durch die Bevölkerungen aber wurden die Regierungen der Mittelstaaten nicht bei dem Bündniß mit Preußen festgehalten; denn Herr von Manteuffel hatte keine Attractionskraft. Ohne die Sympathie der Bevölkerungen wird Graf Bernstorff jetzt nicht einmal so weit kommen, wie 1850 Herr v. Radowiz. Denn die Regierungen der Mittelstaaten werden freiwillig sich nie zur preußischen Hegemonie bekennen. Bei der völligen Ohnmacht des Bundes gelten die Kleinen nicht viel weniger als die Großen, weil sie alle zusammen nicht viel gelten. Bei einer festen einheitlichen Centralgewalt müßten die Kleinen sich dem Einen Großen unterordnen. Da hierzu die Regierungen der Mittelstaaten nie die Hand reichen werden und doch der Weg der freien Vereinbarung nicht verlassen werden soll, so müssen wir, falls nicht durch außerordentliche Ereignisse die Krise beschleunigt wird, warten, bis die Volksvertretungen der Mittelstaaten einen genügenden Druck ausüben. Das aber werden sie nicht thun, so lange nicht eine liberale Strömung mit größerer Entschiedenheit in Preußen die Oberhand gewinnt. Also: eine durchgreifende Reform des Herrnhauses wäre nicht allein der größte Fortschritt, den Preußen jetzt in seiner innern Entwicklung machen kann; sie würde zu gleicher Zeit die deutsche Bundesreform wesentlich erleichtern. e